



Solarbetrug im großen Stil

Bericht: Thomas Kießling, Marcel Siepmann

Der Photovoltaikhersteller Solarworld – einst Gewinner des deutschen Solarbooms und wichtiger Arbeitgeber in Mitteldeutschland. Der Eigentümer Frank Asbeck warb gezielt um neue Mitarbeiter.

Frank Asbeck (Archiv, 2008) Solarworld-Gründer

Wenn er flexibel ist, komm nach Freiberg. Wir haben hier eine Fabrik, die schon 1000 Arbeitsplätze bereitstellt.

Das Unternehmen beschäftigte allein 2100 Beschäftigte in den Standorten Freiberg und Arnstadt. Politiker und Medien feierten den Eigentümer als Vorzeigeunternehmer und Wegbereiter der Energiewende.

Frank Asbeck (Archiv, 2011) Solarworld-Gründer

Jetzt kann man nicht mehr sagen, das sind irgendwelche Bastelbuden oder hier werden ein paar Module laminiert, sondern das ist eine Hightech Fabrik und das macht einfach Spaß.

Doch die Freude hielt nicht lange an. Vor allem Konkurrenz aus China machte es dem Solarhersteller schwer. Solarworld geriet in die roten Zahlen. Im Mai dieses Jahres meldete das Unternehmen Insolvenz an. Seitdem wurden über 1.500 Mitarbeiter entlassen.

Wir treffen den Gewerkschaftler der IG Metall Kirsten Breuer. Er betreut das Werk in Arnstadt, in dem über 500 Mitarbeiter ihre Arbeit verloren.

Kirsten Joachim Breuer, IG Metall Erfurt

Es waren sehr, sehr viele Gespräche, ich hab auch Einzelschicksale, wo eine junge Familie, beide haben gearbeitet bei der Solarworld, beide wurden nicht übernommen, in so ganz krassen Härtefällen, die dann auch noch Zwillinge bekommen haben, haben wir zumindest erkämpft dass der Vater übernommen wurde.

Für viele entlassene Mitarbeiter könnte es schwer werden einen neuen Job zu finden.

Kirsten Joachim Breuer, IG Metall Erfurt

Das sind erstmal Berufsausbildungen, das sind Tätigkeiten, die so erstmal nicht gebraucht werden, die Solarworld war ja der letzte verbliebene große Hersteller der deutschen Solarindustrie.



Insgesamt wurden in der deutschen Solarbranche um die 25.000 Arbeitsplätze vernichtet. Wir treffen Milan Nitzschke, Sprecher von Solarworld und Präsident der Initiative ProSun, die sich für einen Schutz der europäischen Solarhersteller einsetzte. Sie forderte Strafzölle für die Billig-Paneele aus China. Zunächst mit Erfolg.

Milan Nitzschke, Präsident ProSun

Die Europäische Union hat Zölle und Mindestimportpreise eingeführt und damit hätte eigentlich alles gut sein können. Aber stattdessen haben wir immer weiter Dumpingpreise auf dem Markt gesehen, das lag daran, dass massiv dagegen verstoßen wurde, es wurde schlicht geschmuggelt.

Wie sich herausstellte halfen deutsche Unternehmen dabei, die Dumping-Ware weiterhin zu importieren. Und so hat es funktioniert: Von China gelangen die Billigsolarmodule nach Deutschland. Von dort werden sie dann in Solarparks verkauft. Offiziell wird der gesetzliche Mindestpreis eingehalten. Doch am Ende erhält der Käufer eine Rückvergütung oder -vergünstigung, oft von einer ausländischen Briefkastenfirma. Damit sind die Solarmodule viel billiger als der Mindesteinfuhrpreis.

Im Zollfahndungsamt Nürnberg stapeln sich bereits die Ermittlungsakten. Deutschlandweit laufen 30 Verfahren wegen Zollbetrugs.

Christian Schüttenkopf, Zollfahndungsamt München

Die Solarmodule wurden über Rotterdam importiert, bei der Einfuhrabfertigung sind auch Unterlagen vorgelegt worden, die Belegen dass der Mindestpreis eingehalten sein sollte. Tatsächlich haben die Abnehmer allerdings Rückzahlungen über eine Briefkastenfirma in Hongkong erhalten. So dass der Mindesteinfuhrpreis nach Verrechnung dieser Rückzahlungen faktisch umgangen worden ist und gar nicht bezahlt wurde.

Eine Katastrophe für viele europäische Hersteller.

Milan Nitzschke, Präsident von ProSun

Diese illegalen Solarimporte haben dazu geführt, dass deutsche Solarhersteller, europäische Solarhersteller ihre Ware hier nicht mehr verkaufen konnten, denn niemand kann gegen Preise unter Herstellkosten konkurrieren.

Wir finden eine Firma in Nürnberg. Sie soll massenweise Solarmodule aus China eingeführt haben. Drei Festnahmen hat es nun gegeben. Der Vorwurf: Zollbetrug in Millionenhöhe. Die



Staatsanwaltschaft Nürnberg ermittelt – der Betrug allein bei dieser Firma etwa 30 Mio. Euro.

Anita Traud, Oberstaatsanwältin

Wir führen ein Verfahren gegen die Köpfe dieser Firma, denen legen wir zur Last gewerbs- und bandenmäßiger Schmuggel und dann gibt es noch zwei Vertriebsmitarbeiter, denen legen wir eine Beihilfe hierzu zur Last.

Brisant dabei: der Haftbefehl gegen den dritten Mitarbeiter: SPD Politiker Christian Pech, stellvertretender Landrat von Erlangen-Höchstadt. Half er, massenweise Solarmodule unter dem Mindesteinfuhrpreis zu verkaufen? Klar ist: Sein Name taucht im Firmennetzwerk auf.

Wir fragen Christian Pech, doch erhalten keine Antwort. Fast vier Wochen saß er in Untersuchungshaft, seine Mitwirkung an den illegalen Importen ist noch nicht endgültig geklärt. Inzwischen ist er auf freiem Fuß. Seiner Funktion als stellvertretender Landrat wurde er vorläufig enthoben.

In der Branche ist man sauer auf den Politiker. Robert Soppart ist Obermeister der Elektroinnung - er schätzt dass 50 Prozent seiner Kollegen mit den chinesischen Billigmodulen arbeiten.

Robert Soppart, Obermeister der Elektroinnung

Es ist absolut gefährlich, wenn sich der Handwerker auf dieses chinesische Produkt einlässt, weil am Ende des Tages, wenn ein Problem auftritt und der chinesische Importeur nicht mehr vorhanden ist, muss er für diese Module haften.

Noch einmal zurück zur Solarworld. Der ehemalige Unternehmer Asbeck hat inzwischen Teile des Unternehmens aus der Insolvenzmasse gekauft. Will noch einmal neu starten.

Kirsten Breuer sieht die Politik am Zug, die richtigen Weichenstellungen zu setzen.

Kirsten Joachim Breuer, IG Metall Erfurt

Hier müssen Schutzmechanismen wieder in die Wirkung gebracht werden. Derzeit werden sie unterlaufen, unterhört. Und wir brauchen deutlich mehr Anreize, auch hier wieder in deutlich hochwertigere, teurere Solarmodule zu investieren und das geht darüber, dass ich die Einspeisevergütungen für Solarzellen natürlich deutlich anhebe.



Vor laufender Kamera wollen die Mitarbeiter nicht mit uns sprechen. Dass sich politisch etwas verändern würde, glauben hier nur wenige. Und so bleibt auch die Skepsis, ob der Neuanfang wirklich gelingen kann.